

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N^o 90.

Paderborn, 28. Juli

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Versammlung der Wahlmänner; Protest Baierns; Damen-Treubund); Hildesheim (ein bischöfliches Geschenk); Weimar (Entscheidung in der deutschen Frage); Braunschweig (Schleswig-Holsteinische Deputation); Karlsruhe (Ankunft von Mittermaier u.); Dresden (Ministerielle Verordnung); Heidelberg (Goegg's Erklärung; Rasiatis Uebergabe); München (Schleswig-Holstein-Frage; Demokratische Wahlagitation). Aus dem badischen Seekreise. (Bewegung des Truppenkorps); Breslau (Domkapitel). Schleswig-Holstein. Der ungarische Krieg. Italien. (Nachrichten aus Rom.)

Deutschland.

A.Z.C. Berlin, 25. Juli. Gestern Abend sind in den verschiedenen Wahlabtheilungen die Versammlungen der Wahlmänner fortgesetzt worden, und zwar hat man sich damit beschäftigt, die Candidaturreden der einzelnen Bewerber anzuhören und Letztere durch Interpellationen demnächst weiter zu prüfen. Einen besonders großen Anklang und theilweise rauschenden Applaus hat im ersten Wahlbezirk die Rede des Kriegsministers v. Strottha hervorgerufen, der übrigens die Candidatur selbst ablehnte, da er schon früher durch das Vertrauen seiner Wähler in die erste Kammer berufen sei und dies Vertrauen um so mehr ehren zu müssen glaube, als er an jener Stelle vollauf eine Wirksamkeit finde, wie er solche überall in Anspruch nehmen könne. Mit warmem Danke äußerte er sich dabei im Allgemeinen über die Absicht, Militärpersonen in die Kammer zu entsenden, indem er bescheidenlich hinzufügte, daß, wenn diese Absicht sich auch vielleicht nicht verwirklichen lasse, das Heer doch schon aus ihrer Anregung die Anerkennung für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste mit großer Genußthung entnehmen werde. Dies rief besonders stürmischen Beifall hervor. — Graf Oriolla hielt eine Rede, worin er sich gegen die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung aussprach, die weder in Frankreich noch in Baden gute Früchte getragen habe, da sie die Disciplin löse, in England aber gar nicht statthabe. Indes er so wenig als der Stadt Syndikus Moewes fanden großen Anklang, und der Letztere hatte zudem die kühne Interpellation zu bestehen, ob er es nicht auch, wie der Kriegsminister angemessen finde, seinen Platz in der ersten Kammer beizubehalten? — Der General v. Thümen hat seine Candidatur abgelehnt. — In gleicher Weise wie diese Prüfungen haben gestern die Bestrebungen der gewerblichen Fraktionen Fortgang genommen. Man hat sich insbesondere mit den Handwerks-Meistern zu einigen gesucht, indem man denselben nachwies, daß ein Abgeordneter am Ende doch mehr Kenntnisse haben müsse, als von dem bloßen Betriebe seines Gewerbes. Dieser Ansicht ist nachgegeben und darnach bereits in mehrern Abtheilungen die s. g. gewerbliche Candidatur durch Vorwahl festgestellt. Morgen Abend werden nun in mehreren Wahlabtheilungen von der gesammten Wahlmännerschaft, die Vorwahlen vorgenommen werden, um die Kandidaten für den wirklichen Wahltag definitiv festzustellen.

Berlin, 23. Juli. Von Seiten der bayerischen Regierung ist ein Protest gegen die von Preußen einseitig erfolgte Abschließung des Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien eingelaufen, in dem man sich nicht gegen die Beendigung des Krieges, sondern gegen eine usurpirte Hegemonie Preußens ausspricht. Man behauptet, daß sich noch einige andere deutsche Staaten demselben anschließen werden, indem man in dem Verfahren Preußens eine Gefährdung des freien Willens der einzelnen Regierungen erblickt.

Den feinen Berlinerinnen hätte man's nicht zugetraut, daß sie den Männern so nachlaufen. Und doch haben sich den

Männern des Treubundes auch Damen affilirt wie die Schleife zum Kreuz. Ein Treubund von Damen hat sich gebildet und so gleich in 4 Klassen, nach der großen Kurfürstin Henriette, nach Sophie, der Gemahlin Friedrichs I., nach Louise, der unvergeßlichen Königin und nach Elisabeth, der regierenden Königin genannt.

Karlsruhe, 23. Juli. Gestern kamen die Herren Mittermaier, Baffermann, Mathy und Weller hier an, zum Erstaunen derjenigen, welche sie kennen. Diese Herren haben in der badischen Revolution die Früchte ihrer politischen Thätigkeit gesehen, wenn sie gleichwohl solche Früchte nicht erndten wollten. Was thun sie jetzt hier? Wollen sie ihren politischen Irrthum bekennen? das hat Niemand von ihnen verlangt, — oder wollen sie ihre guten Rahtschläge ertheilen, so möge Gott Baden vor dem Unglück bewahren, daß diese Männer je wieder in eine Kammer oder gar in ein Ministerium kommen. Denn die politische Schwäche Mittermaiers ist so bekannt, daß sie ihm selbst nicht entgehen kann. Es wäre für ihn besser gewesen, wenn er nie den Ratheder verlassen hätte. Bis jetzt sind einige und 40 Schullehrer gefänglich eingezogen und noch mehrere ausgeschrieben.

Hildesheim, 23. Juli. Der Bischof von Hildesheim hat zur Gründung einer katholischen Pfarr- und Schulanstalt zu Osterode 1000 Thaler, und das Domcapitel zu demselben Zwecke 200 Thlr. geschenkt.

†† **Weimar, 21. Juli.** Heute sind nun auch bei uns die Würfel über die deutsche Frage gefallen. Nach dreitägiger Debatte erfolgte nämlich heute die Abstimmung. Ihr gingen Anträge von dreifach verschiedener Natur voraus. Die Majorität des Ausschusses stimmte für den Anschluß an den Bund der drei Könige, und behielt sich nur vor, daß im Falle des Austrittes einer der kontrahirenden Staaten auch dem Großherzogthum der Rücktritt frei bleibe, und daß die gesetzlich publicirten Grundrechte so wie die übrigen verfassungsmäßig bestehenden Gesetze und Rechte der Staatsbürger durch den Vertragsanschluß nicht beeinträchtigt würden. Die Ausschussminorität verlangte das Gegentheil: Es solle die Staatsregierung die Annullation der drei Kronen von der Hand weisen und sich überhaupt in keine staatliche Verbindung einlassen, bei welcher nicht das von der Nationalversammlung endgültig beschlossene Wahlgesetz aufrecht erhalten werde; während Andere für eine Vermittelung oder Zuwarten waren: man möge erst sehen, wie Volksvertretungen der drei Königreiche sich äußerten, sich die Wahl nach unserm Landesgesetze vorbehalten u. dgl. Schüller (der frühere Reichstagsabgeordnete) war der beredteste Vertreter der Minorität des Ausschusses.

Vom Ministertische bemühte man sich, die größeren Gefahren darzustellen, die eintreten würden, wenn der preussische Entwurf abgelehnt würde, und denen unser Großherzogthum in weit höherem Maße unterliegen würde. — Heute erfolgte nun die Abstimmung und ergab die Annahme des Antrages der Majorität des Ausschusses (sich dem Entwurf der drei Regierungen anzuschließen) mit 18 gegen 15 Stimmen (zwei hatten sich der Abstimmung enthalten). Gott sei Dank! rief der Minister aus tief beklommener Brust.

Braunschweig, 22. Juli. Die „Hannoversche Zeitung“ berichtet: Mit völliger Bestimmtheit kann ich Ihnen melden, daß hier eine Deputation aus Schleswig-Holstein erschienen ist, welche dem Herzoge von Braunschweig die Anzeige von der auf ihn gefallenen Wahl zum Statthalter von Schleswig-Holstein überbracht hat. Dieselbe ist heute mit dem Minister von Schleinitz sogleich nach Blankenburg, der jetzigen Residenz des Herzogs, weiter gereiset. — Die „Reichszeitung“ berichtet darüber: Gestern kamen zwei schleswig-holsteinische Deputirte durch unsere Stadt, um sich nach Blankenburg zu unserm Herzoge zu begeben, welcher für die Sache jener Herzogthümer bekanntlich eine rege Theilnahme zeigte. Die